



**SAMSTAG**

**Tag der «offenen Schultür» im HPZ**



SCHAAN: Im Laufe der vergangenen Jahre ist das Heilpädagogische Zentrum in Schaan vom baulichen Ausmass sowie dem Angebot an verschiedensten Therapiemöglichkeiten enorm gewachsen. Seite 10

**Liechtensteini-sche Gitarrentage**

Mit den digita holt der Verein Gitarrenzirkel jedes Jahr Gitarristen der Weltklasse nach Liechtenstein. Fast jeden Abend finden Konzerte im Unterland statt. Seite 13

**Muse statt Sports-geist im Stadion**

VADUZ: Morgen Sonntag, den 1. Juli 2001 öffnen sich beim Film Fest zum sechsten Male die Tore. Im Rheinpark Stadion sind 16 Filmnächte voller Dramatik, Action, Romantik, Spannung und Abenteuer angesagt. Seite 14

**Fernsehstars wa-ren Fledermäuse**



TRIESEN: Weit über hundert Kinder, Frauen und Männer kamen am Donnerstagabend trotz Regens zum Triesner Kirchplatz, um in geselliger Runde das Leben des «Grossen Mausohrs» kennen zu lernen. Seite 17

REKLAME



**SELE**

+423 239 90 90  
www.selepersonal.li

# Bisher 14 Konzessionen an EWR-Ärzte erteilt

## Regierung prüft Möglichkeiten zur Vermeidung einer Überversorgung

Seit dem 1. Januar 1997 sind insgesamt 23 Konzessionsgesuche von Ärzten aus dem europäischen Wirtschaftsraum an die liechtensteinische Sanitätskommission gestellt worden. Bis anhin wurden 14 Konzessionen an EWR-Ärzte erteilt, wie Regierungsrat Hansjörg Frick im letzten Landtag bekanntgab.

Liechtensteins Regelung, dass Ärzte im europäischen Wirtschaftsraum nur eine Praxis führen dürfen («Single Practice Rule»), ist ins Wanken geraten. Auf entsprechende Klagen von mehreren Medizinerinnen aus Österreich hat der EFTA-Gerichtshof vor kurzem dieses Verbot der Führung von Zweitpraxen für Ärzte als mit dem EWR-Abkommen nicht vereinbar erklärt (es stand im Volksblatt). Liechtenstein hatte argumentiert, dass das Verbot von Zweitpraxen zur Aufrechterhaltung des finanziellen Gleichgewichts des Gesundheitssystems und zur Sicherung der hohen Qualität der Gesundheitsversorgung notwendig sei.

### Verfahren unterbrochen

Regierungsrat Hansjörg Frick führte in der letzten Landtags-sitzung hierzu aus, dass die Verwaltungsbeschwerdeinstanz in drei anhängigen Beschwerdeverfahren wegen dem Verbot der Führung von Zweitpraxen die nationalen Verfahren unterbrochen und den EFTA-Gerichtshof um Stellungnahme hinsichtlich der Vereinbarkeit



Regierungsrat Hansjörg Frick nahm im Landtag zur liechtensteinischen EWR-Ärzte-Problematik Stellung.

dieses Verbotes mit dem EWR-Abkommen angerufen hat. Der EFTA-Gerichtshof hält in seinen Gutachten vom 14. Juni 2001 fest, dass eine nationale Bestimmung, nach der ein Arzt nicht mehr als eine Praxis – egal an welchem Ort – führen darf, nicht mit Art. 31 EWR-Abkommen vereinbar ist. Die VBI wird nun die nationalen Verfahren wieder aufnehmen und entscheiden, wobei der VBI ein gewisser Spielraum verbleibt.

### Bisher 14 Konzessionen

Nach Auskunft von Regierungsrat Frick sind seit dem 1. Januar 1997 insgesamt 23

Konzessionsgesuche von Ärzten aus dem Europäischen Wirtschaftsraum an die Sanitätskommission gestellt worden. Bis anhin wurden 14 Konzessionen an EWR-Ärzte erteilt.

Zu unterscheiden ist laut Hansjörg Frick dabei zwischen der allgemeinen Zulassung von Ärzten gemäss Sanitätsgesetz und jener gemäss den krankenversicherungsrechtlichen Bestimmungen. Mit dem revidierten KVG wurde ein Hausarztssystem eingeführt, im Rahmen dessen vom Krankenkassenverband und dem Hausärzteverein eine Bedarfsplanung für die ärztliche Versorgung im Hausarztssystem erstellt wurde. Diese

stellt einerseits eine ausreichende Versorgung sicher und garantiert den Versicherten eine angemessene Auswahl an Grundversorgern und Spezialärzten und vermeidet andererseits eine Überversorgung.

Eine Zulassungskommission entscheidet im Rahmen der Bedarfsplanung über die Zulassung der Ärzte zum Hausarztssystem. Solange eine ausreichende Versorgung gewährleistet werden kann, wird keine Neuaufnahme in das Hausarztssystem erfolgen. Mit dem Hausarztssystem wurde somit ein gewisser Mechanismus zur Vermeidung einer Überversorgung geschaffen.

### Überversorgung vermeiden

Gemäss den weiteren Ausführungen von Hansjörg Frick haben liechtensteinische Ärzte aufgrund des EWR-Abkommens die Möglichkeit, sich in EU/EWR-Staaten niederzulassen. Die Ausgestaltung der Zulassung gemäss den krankenversicherungsrechtlichen Bestimmungen liegt jedoch im Kompetenzbereich des jeweiligen Mitgliedstaates. Aufgrund einzelner Systeme sind einige Gesundheitsmärkte für unsere Ärzte von geringerer Attraktivität.

«Die Regierung wird, unter Beizug betroffener Institutionen und Gremien, Möglichkeiten zur Vermeidung einer ärztlichen Überversorgung prüfen. Dabei soll der Beibehaltung einer qualitativ hochstehenden Gesundheitsversorgung stets Rechnung getragen werden», erklärte der Regierungsrat.

Landtag: Seiten 5, 6 und 7

## KOMMENTAR

In Ansätzen scheint Vaterland-Kommentator Inge Kleinheisterkamp sogar begriffen zu haben, dass Datenschutz auch in Liechtenstein ein brisantes Thema ist. Dennoch offenbart seine Kommentierung eine «erschreckende Ahnungslosigkeit» von einer Landtagsdebatte und übt sich dementsprechend in reiner Theatralik und Kleingeistigkeit.

### Reine Theatralik

Dass im Landtag nun ein Datenschutzgesetz in Behandlung gezogen wurde, ist alleine Regierungschef-Stellvertreterin Rita Kieber-Beck zu verdanken. Denn: Die ehemalige VU-Regierung hatte zwar ein pfannenfertiges Gesetz seit April 2000 in der Schublade liegen, unterliess es jedoch aus unerklärlichen Gründen, dieses dem Landtag rechtzeitig vorzulegen. Umso bedenklicher ist diese Zurückhaltung, da Liechtenstein seit geraumer Zeit mit einer Vertragsverletzungsklage der EFTA konfrontiert ist, weil bei uns ein Datenschutzgesetz fehlt.

Von Angriffen internationaler Organisationen wurde Liechtenstein in den vergangenen Jahren wahrlich nicht verschont. Sind weitere Attacken nun wirklich nötig, Herr Kleinheisterkamp? Dieser Angriff hätte mit etwas Weitblick der damaligen VU-Regierung verhindert werden können.

Anerkennung und Dank gebührt den Landtagsabgeordneten: Mit zahlreichen Fragen und Anregungen wurde anlässlich der ersten Lesung versucht, die Vorlage des Datenschutzgesetzes so weiterzuentwickeln, dass ein für Liechtenstein adäquates Gesetz geschaffen werden kann. Nur gut, dass Regierungschef-Stellvertreterin Rita Kieber-Beck den Einsatz der Parlamentarier auch dahingehend respektierte, die zahlreichen Anregungen ernst zu nehmen und für die zweite Lesung allenfalls in die Gesetzesvorlage einzuarbeiten.

Betrachtet man die Debatte im Landtag, ohne durch eine verklärte Brille zu schielen, so erkennt man, dass sich in den Gedanken des Kommentators reine Theatralik abspielte. Sowohl die Regierung als auch die Landtagsabgeordneten aller Parteien verfolgten lediglich das Ziel, ein wirksames Datenschutzgesetz zum Wohle unseres Landes zu entwickeln. Da Herr Kleinheisterkamp erst seit wenigen Sessionen über den Landtag berichtet, ist seine Ahnungslosigkeit noch zu verzeihen. Schon bald wird er bemerken, dass 1. Lesungen immer nach dem gleichen Muster ablaufen.

Alexander Batliner

## LSV verlängert Vertrag mit Swiss Ski

### Zusammenarbeit für weitere vier Jahre

Unsere Ski-Asse finden auch in den nächsten vier Jahren beste Trainingsmöglichkeiten vor. Dafür sorgte der Liechtensteinische Skiverband (LSV), der sich mit dem Schweizer Skiverband (Swiss Ski) am Donnerstag über eine weitere vierjährige Zusammenarbeit als Trainingsgemeinschaft geeinigt hat.

Die Verhandlungen verliefen zwar nicht einfach – es ging um die Kosten pro mittrainierendem LSV-Athlet – doch schlussendlich kam es zu einer beiderseitig zufriedenstellenden Einigung, so LSV-Vize-Präsident Stefan Dürr, «der Preis ist zwar höher als vorher, aber akzeptabel. Seite 21



Für LSV-Vize-Präsident Stefan Dürr ist der Vertrag akzeptabel ausgefallen.

## 38,7 Mio. gesperrt

### Geldwäschereiverdacht

Die Liechtensteiner Justiz hat im Zusammenhang mit der Lieferung von sechs Fregatten des französischen Rüstungskonzerns Thomson an Taiwan 38,7 Millionen Euro (59 Millionen Franken) wegen Verdachts auf Geldwäscherei gesperrt.

Die Blockierung der Gelder durch das Landgericht erfolgte im Rahmen von Vorerhebungen gegen zwei ausländische Personen, wie die Staatsanwaltschaft in Vaduz am Freitag mitteilte. Das Verfahren wurde auf Grund einer Verdachtsmeldung einer liechtensteinischen Bank eingeleitet.

Gemäss der Liechtensteiner Staatsanwaltschaft besteht der Verdacht, dass der gesperrte Betrag mit Schmiergeldzahlungen eines französischen Rüs-

stungskonzern bei der Lieferung von sechs Fregatten an Taiwan zusammenhängt. In die Affäre ist der frühere französische Aussenminister Roland Dumas verwickelt.

Nachdem die französische Staatsanwaltschaft Ermittlungen aufgenommen hatte, wurden Anfang letzter Woche bereits bei der Schweizer Credit Suisse Group Depots im Umfang von 250 Millionen Franken blockiert. Beim Verkauf der Fregatten an Taiwan 1991 soll ein Teil der meist als Kommissionen deklarierten Schmiergelder zurück nach Frankreich geflossen sein.

Die in Liechtenstein und der Schweiz gesperrten Gelder sind verknüpft mit der Korruptions-affäre um den ehemaligen französischen staatlichen Ölkonzern Elf Aquitaine.